ERKLÄRUNG ZUM EINKOMMEN Aktenzeichen:

<u>Hinweis:</u> Die Erklärung zum Einkommen ist Bestandteil des Antrages auf Elterngeld. Wenn Sie nur das Mindestelterngeld beantragen, ist nur Nr. 30 dieser Erklärung auszufüllen.

<u>Beiliegende Erläuterungen helfen Ihnen beim Ausfüllen</u>.

Kind - Familienname* Vorname* Geburtsdatum*

Antragsteller - Familienname* Vorname* Geburtsdatum*

30. Erhöhung der Einkommensteuer für besonders hohe Einkommen

Im letzten abgeschlossenen Veranlagungszeitraum (Kalenderjahr vor der Geburt des Kindes) hatte ich ein zu versteuerndes Einkommen nach § 2 Abs. 5 EStG von mehr als **250.000** € bzw. zusammen mit dem anderen mit dem Kind in häuslicher Gemeinschaft lebenden Elternteil ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als **500.000** €

nein, - Steuerbescheid(e) des letzten abgeschlossenen Veranlagungszeitraumes vorlegen ja, Anspruch auf Elterngeld entfällt

voraussichtlich nein voraussichtlich ja

Steuerbescheid(e) liegt/liegen noch nicht vor es wird keine Steuererklärung abgegeben

Einkommen vor der Geburt des Kindes

31. Nichtselbstständige Arbeit

Vor der Geburt des Kindes bezog ich Mutterschaftsgeld/hatte ich Schutzfristen im Beschäftigungsverbot ohne Mutterschaftsgeld

nein - Maßgeblich ist das Einkommen aus den zwölf Kalendermonaten vor dem Monat der Geburt des Kindes

 ja - Maßgeblich ist das Einkommen aus den zwölf Kalendermonaten vor dem Beginn der Mutterschaftsgeldzahlung/ der Inanspruchnahme der Schutzfristen des Beschäftigungsverbotes ohne Mutterschaftsgeld, bitte Nachweise beifügen

Ich **verzichte** ausdrücklich auf die Ausklammerung folgender Monate mit Mutterschaftsgeld/der Inanspruchnahme der Schutzfristen im Beschäftigungsverbot da nachteilig für mich.

Wegen des Bezugs von Elterngeld für ein älteres Kind/einer maßgeblich auf eine Schwangerschaft zurück zu führenden Erkrankung/ schwangerschaftsbedingten Verschlimmerung einer Vorerkrankung/Ableisten von Wehr-/Zivildienst ist Erwerbseinkommen ausgefallen

nein

ja, vom bis Grund:

vom bis Grund:

- Dieser Zeitraum ist bei der Ermittlung des maßgeblichen Zwölfmonatszeitraumes nicht zu berücksichtigen und um die Zahl der betreffenden Monate zurück zu verlagern. Entsprechende Nachweise, ärztliches Attest über die schwangerschaftsbedingte Erkrankung/Verschlimmerung, Vorerkrankung, Wehrpflicht- und Zivildienstzeit fügen Sie bitte bei. Bitte überprüfen Sie die Angaben zum Elterngeldbezug für ein älteres Kind unter Nr. 13 im Antrag

Ich **verzichte** ausdrücklich auf die Ausklammerung folgender Monate da nachteilig für mich.

Bitte weisen Sie Ihr Einkommen in dem für Sie zutreffenden Zwölfmonatszeitraum durch die monatlichen Lohn- und Gehaltsbescheinigungen des Arbeitgebers bzw. Dienstherrn lückenlos nach.

Die Einkünfte unterliegen

der inländischen Besteuerung der ausländischen Besteuerung, in (Land/Staat):

Pflichtbeiträge in berufsständisches Versorgungswerk/vergleichbare Einrichtung wurden gezahlt

nein ja - bitte Nachweise beifügen

Haben Sie **zusätzlich** in diesem Zwölfmonatszeitraum bzw. im Gewinnermittlungszeitraum des letzten abgeschlossenen steuerlichen Veranlagungszeitraumes noch Erwerbseinkünfte unter **Nr. 32**, kann sich ein davon abweichender maßgeblicher Zeitraum auch für die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit ergeben - **in diesen Fällen unbedingt Nr. 33 der Erklärung zum Einkommen ausfüllen**

sk100_elterngeld_EzE Stand: 08 2015

32. Selbstständige Arbeit / Gewerbebetrieb / Land- und Forstwirtschaft (ausschließlich)

Im Gewinnermittlungszeitraum des letzten abgeschlossenen steuerlichen Veranlagungszeitraumes vor der Geburt des Kindes hatte ich

Mutterschaftsgeld/Zeiten eines Beschäftigungsverbotes in den Schutzfristen ohne Mutterschaftsgeld (privat Versicherte)

Elterngeld für ein älteres Kind (Grundanspruch, bis max. 14. Lebensmonat des älteren Kindes)

ein geringeres Erwerbseinkommen aufgrund schwangerschaftsbedingter Erkrankung/Verschlimmerung einer Vorerkrankung

ein geringeres Erwerbseinkommen aufgrund von Ableisten von Wehr- oder Zivildienst

- Bitte fügen Sie ein ärztliches Attest über die schwangerschaftsbedingte Erkrankung, bei privat Versicherten die Bescheinigung über das Beschäftigungsverbot bzw. die Entbindung oder einen Nachweis zur Abgeltung von Wehr- bzw. Zivildienst bei

Ich beantrage eine Nichtberücksichtigung der Monate mit vorgenannten Tatbeständen

nein, bzw. es liegt kein Tatbestand vor, maßgeblich sind die Gewinneinkünfte aus dem letzten abgeschlossenen steuerlichen Veranlagungszeitraum vor der Geburt des Kindes – Einkommensteuerbescheid oder bei nachweislich nicht zu erteilenden Steuerbescheid Gewinnermittlung in Form Einnahme-Überschussrechnung, zeitlich abgegrenzte Bilanz, BWA, Aufstellung Steuerberater beifügen.

Es erfolgt ein Abzug einer Betriebsausgabenpauschale in Höhe von 25 %, sofern nicht die tatsächlichen (niedrigeren) Ausgaben geltend gemacht werden.

ja, maßgeblich sind die Gewinneinkünfte aus dem vorletzten/noch davor abgeschlossenen steuerlichen Veranlagungszeitraum vor der Geburt des Kindes - Einkommensteuerbescheid oder bei nachweislich nicht zu erteilenden Steuerbescheid Gewinnermittlung in Form Einnahme-Überschussrechnung, zeitlich abgegrenzte Bilanz, BWA, Aufstellung Steuerberater beifügen.

Es erfolgt ein Abzug einer Betriebsausgabenpauschale von 25 %, sofern nicht die tatsächlichen (niedrigeren) Ausgaben geltend gemacht werden.

Eine Vorverlagerung aufgrund **o.g. Tatbestandes** auf den steuerlichen Veranlagungszeitraum wird beantragt.

Ich beantrage die Berücksichtigung der tatsächlichen Betriebsausgaben nein ja, - Bitte Nachweise beifügen Es erfolgt Buchführungzum Zwecke der Elterngeldbeantragung nein ja Die Einkünfte unterliegen der inländischen Besteuerung der ausländischen Besteuerung, in (Land/Staat): bis Kinderfreibetrag Es besteht Kirchensteuerpflicht nein ja, von (nur für weitere Kinder) Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung/an berufsständisches Versorgungswerk/vergleichbare Einrichtung wurden

gezahlt ja, - Bitte Nachweise beifügen

sk100_elterngeld_EzE Stand: 08.2015

33. Nichtselbstständige und gleichzeitig Selbstständige Arbeit/Gewerbe/Land- und Forstwirtschaft - nur ausfüllen, wenn Erwerbseinkünfte vor der Geburt des Kindes gleichzeitig nach Nr. 31 und 32 erzielt wurden

Ich habe im maßgeblichen Zwölfmonatszeitraum vor der Geburt des Kindes Einkünfte aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit und zusätzlich im maßgeblichen Zwölfmonatszeitraum vor der Geburt des Kindes bzw. im Gewinnermittlungszeitraum des letzten abgeschlossenen steuerlichen Veranlagungszeitraumes vor der Geburt des Kindes Einkünfte aus selbstständiger Erwerbstätigkeit.

Maßgeblich ist einheitlich für jede Einkunftsart das Einkommen des Gewinnermittlungszeitraumes des letzten abgeschlossenen steuerlichen Veranlagungszeitraumes (z.B. Kalenderjahr/zwei hälftige Wirtschaftsjahre) vor Geburt des Kindes. Der Nachweis der nichtselbstständigen Tätigkeit erfolgt durch monatliche Lohn-/Gehaltsbescheinigungen des Arbeitgebers aus dem letzten abgeschlossenen steuerlichen Veranlagungszeitraum. Als Nachweis der Gewinneinkünfte aus selbstständiger Tätigkeit ist der Steuerbescheid des letzten abgeschlossenen Veranlagungszeitraumes vor Geburt des Kindes vorzulegen. Liegt dieser noch nicht vor ist für eine vorläufige Entscheidung z.B. der Steuerbescheid davor zu Grunde zu legen. Ist kein Steuerbescheid zu erstellen, sind andere Nachweise, z.B. Gewinnermittlung in Form Einnahme-Überschussrechnung, zeitlich abgegrenzte Bilanz, BWA, Aufstellung Steuerberater beizufügen.

Es erfolgt der Abzug einer Betriebsausgabenpauschale in Höhe von 25 %, sofern nicht die tatsächlichen (niedrigeren) Ausgaben geltend gemacht werden.

Beantragung tatsächliche Ausgaben: nein ja - Bitte Nachweise beifügen

Im Gewinnermittlungszeitraum des letzten abgeschlossenen steuerlichen Veranlagungszeitraumes vor der Geburt des Kindes hatte ich

Mutterschaftsgeld/Zeiten eines Beschäftigungsverbotes in den Schutzfristen ohne Mutterschaftsgeld (privat Versicherte)

Elterngeld für ein älteres Kind (Grundanspruch, bis max. 14. Lebensmonat des älteren Kindes)

ein geringeres Erwerbseinkommen aufgrund schwangerschaftsbedingter Erkrankung/Verschlimmerung einer Vorerkrankung

ein geringeres Erwerbseinkommen aufgrund von Ableisten von Wehr- oder Zivildienst

- Bitte fügen Sie ein ärztliches Attest über die schwangerschaftsbedingte Erkrankung, bei privat Versicherten die Bescheinigung über das Beschäftigungsverbot bzw. die Entbindung oder einen Nachweis zur Abgeltung von Wehr- bzw. Zivildienst bei

Liegt eine Voraussetzung vor, kann <u>auf Antrag</u> einheitlich für beide Einkunftsarten der Gewinnermittlungszeitraum des vorletzten abgeschlossenen steuerlichen Veranlagungszeitraumes zu Grunde gelegt werden. Eine weitere Vorverlagerung aus o.g. Gründen ist möglich.

Ich beantrage die Rückverlagerung auf einen vorangegangenen Veranlagungszeitraum

nein, maßgebend sind Einkommenszeitraum und Nachweise wie oben unter "ja" genannt

ja, auf den Gewinnermittlungszeitraum des steuerlichen Veranlagungszeitraumes maßgebend sind die Nachweise aus diesem beantragten Gewinnermittlungszeitraum, sowohl für Einkünfte aus selbstständiger als auch aus nichtselbstständiger Tätigkeit.

Die Einkünfte unterliegen

der inländischen Besteuerung der ausländischen Besteuerung, in (Land/Staat):

Es besteht Kirchensteuerpflicht im Ausland nein ja

Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung/an berufsständisches Versorgungswerk/vergleichbare Einrichtung wurden für die selbstständige Erwerbstätigkeit gezahlt nein ja - Bitte Nachweise beifügen

Einkommen <u>nach</u> der Geburt des Kindes im Bezugszeitraum des Elterngeldes

34. Nichtselbstständige Erwerbstätigkeit

Im Bezugszeitraum des Elterngeldes habe ich (voraussichtlich) Einkünfte aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit.

Die Einkünfte unterliegen

der inländischen Besteuerung der ausländischen Besteuerung, in (Land/Staat):

- Bitte Arbeitszeitbestätigung (S. 2 Nr. 21 der Anlage zum Antrag) und Verdienstbescheinigung (siehe beiliegender Vordruck zur Erklärung zum Einkommen S. 5) zum voraussichtlichen Einkommen vom Arbeitgeber ausfüllen lassen oder andere glaubhafte Nachweise, z.B. Lohn- und Gehaltsbescheinigung, Arbeitsvertrag, beifügen

sk100_elterngeld_EzE Stand: 08.2015

35. Selbstständige Arbeit / Gewerbebetrieb / Land- und Forstwirtschaft

Im Bezugszeitraum des Elterngeldes werden Erwerbseinkünfte erzielt (auch aus der Weiterführung des Betriebes/ Gewerbes) aus

selbstständiger Arbeit mit Wochenstunden durchschnittliche monatliche Einnahmen €
Gewerbebetrieb mit Wochenstunden durchschnittliche monatliche Einnahmen €

Land- und Forstwirtschaft mit Wochenstunden durchschnittliche monatliche Einnahmen €

Meine Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft werden nach § 13a Einkommensteuergesetz ermittelt: nein ja

Bitte Erklärung zur Erwerbstätigkeit (Arbeitszeit) S. 2 Nr. 22 der Anlage zum Antrag ausfüllen. Die voraussichtlichen Einnahmen sind durch geeignete Unterlagen glaubhaft zu machen (z.B. Gewinnermittlung in Form Einnahme-Überschussrechnung, zeitlich abgegrenzte Bilanz, BWA, Aufstellung Steuerberater)

Überschussrechnung, zeitlich abgegrenzte Bilanz, BWA, Aufstellung Steuerberater).
Es erfolgt grundsätzlich ein Abzug einer Betriebsausgabenpauschale in Höhe von 25 %, sofern nicht ausdrücklich beantragt wird, höhere Ausgaben geltend zu machen. Beantragung:

nein

ja - Bitte Nachweise beifügen

Die Einkünfte unterliegen

der inländischen Besteuerung der ausländischen Besteuerung, in (Land/Staat):

Es besteht Kirchensteuerpflicht im Ausland nein ja - Bitte Nachweise beifügen

Hinweise

Ohne die Erklärung zum Einkommen kann über Ihren einkommensabhängigen Anspruch auf Elterngeld nicht entschieden werden. Beachten Sie die Erklärungen (Nr. 15, 16) im Antrag und die entsprechenden Hinweise in den Erläuterungen. Bitte überprüfen Sie nochmals Ihre Angaben, ob die erforderlichen Nachweise beigefügt sind und die erforderlichen Unterschriften auf dem Antragsformular geleistet wurden. Mit Ihrer Unterschrift auf dem Antrag bestätigen Sie auch die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben in dieser Erklärung.

Nur ausfüllen, wenn der Antragsteller im Bezugszeitraum des Elterngeldes Erwerbseinkommen erzielt oder einer Berufsausbildung nachgeht

Name, Vorname des anspruchsbegründenden Kindes

geb. am

Aktenzeichen (soweit bekannt)

Verdienstbescheinigung zur Erklärung zum Einkommen über die Bezüge des Antragstellers (Erläuterungen siehe Rückseite)

Bitte vom Arbeitgeber/Auftraggeber/Zwischenmeister ausfüllen und bestätigen lassen! (Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 9 Bundeselterngeldgesetz)

Maßgebend sind die Kalendermonate im Bezugszeitraum des Elterngeldes, vom in denen der Antragsteller ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit hat

bis

lonat/Jahr	laufender steuer- pflichtiger Arbeits- lohn (ohne sonstige Bezüge) ¹⁾ in Euro	versteuerter	Lohn aus gering- fügiger Erwerbs- tätigkeit (Minijob) in Euro	Ausbildungs- vergütung ³⁾ in Euro	Vergütung von Freiwilligen- diensten ⁴⁾ in Euro

¹⁾ laufendes Gehalt, Midijobeinkommen (bitte kennzeichnen), fortlauf. Bezüge/Sach- und Dienstleistungen (z.B. geldwerter Vorteil), Minijob Versteuerung auf Lohnsteuerkarte

Edinisteder Arbeitsleben (2014) laufend pauschal versteuerter Midijob, Zukunftssicherungsleistungen, Direktversicherungen (3) laufender Arbeitslohn aus einer Beschäftigung im Rahmen eines Ausbildungsverhältnisses (Berufsausbildung), Ausbildungsvergütung bis 325 € bzw. über 325 €

⁴⁾ Arbeitsentgelt im Rahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahres, des Freiwilligen Sozialen Jahres, des Bundesfreiwilligendienstes

Erläuterungen zur Verdienstbescheinigung

Das für die Berechnung des Elterngeldes maßgebende Einkommen errechnet sich aus der Summe der positiven Einkünfte aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit vermindert um die pauschalisierten Abzüge für Steuern und Sozialabgaben. Grundlage bildet der monatlich durchschnittlich zu berücksichtigende Überschuss der Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit in Geld oder Geldeswert über ein Zwölftel des Arbeitnehmerpauschbetrages nach § 9a Satz 1 Nr. 1 Buchstabe a des Einkommensteuergesetzes.

Gemäß § 9 Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) hat der Arbeitgeber/Auftraggeber/Zwischenmeister dem Arbeitnehmer, soweit es zum Nachweis des Einkommens aus Erwerbstätigkeit oder der wöchentlichen Arbeitszeit erforderlich ist, das Arbeitsentgelt, die erforderlichen Abzugsmerkmale für Steuern und Sozialabgaben sowie die Arbeitszeit zu bescheinigen. Das Gleiche gilt für ehemalige Arbeitgeber.

Übt der Antragsteller im Bezugszeitraum des Elterngeldes eine Erwerbstätigkeit aus, hat er das voraussichtliche monatlich erzielte Erwerbseinkommen **im jeweiligen Bezugszeitraum des Elterngeldes** glaubhaft zu machen. Dabei kann es sich im Bezugszeitraum des Elterngeldes um Einkünfte aus einer zulässigen Teilzeiterwerbstätigkeit, geringfügigen Erwerbstätigkeit, aus den Freiwilligendiensten (Bundesfreiwilligendienst, Freiwilliges Ökologisches oder Soziales Jahr) oder aus einer Berufsausbildung handeln.

Erwerbseinkommen, das ohne Arbeitsleistung, aber leistungsunabhängig fortlaufend bezogen wird, z.B. im Krankheitsfall, bei Inanspruchnahme von Erholungsurlaub, Sachbezüge oder ein geldwerter Vorteil, ist ebenfalls zu bescheinigen.

Für in Zukunft liegende Zeiträume sind die voraussichtlichen Einnahmen und Abzüge, z.B. aus einer zulässigen Teilzeiterwerbstätigkeit, im Bezugszeitraum des Elterngeldes anzugeben. Mit der Einführung des Elterngeld Plus und der Partnerschaftsbonusmonate ist der Bezugszeitraum des Elterngeldes individuell verlängerbar (max. bis 46. Lebensmonat). In dieser Zeit kann es auch zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit mit unterschiedlichem Stundenumfang kommen. Bereits **feststehende Veränderungen** für in Zukunft liegende Zeiträume im maßgebenden Bezugszeitraum des Elterngeldes (z.B. durch Erhöhung/Verringerung Stundenumfang, Tarif- und Lohnerhöhungen, Orts- und Familienzuschlag), auf die ein **Rechtsanspruch** besteht, müssen vom Arbeitgeber erfasst werden.

Falls das voraussichtliche Erwerbseinkommen für den gesamten Bezugszeitraum des Elterngeldes nicht bescheinigt werden kann, sind zumindest die entsprechenden Ängaben bis zum aktuellen Monat zu bescheinigen.

Einnahmen, die im Lohnsteuerabzugsverfahren nach den lohnsteuerlichen Vorgaben (§§ 38a Abs. 1 S. 3, 39b Einkommensteuergesetz) als sonstige Bezüge zu behandeln sind, dürfen nicht berücksichtigt werden.

Dazu zählen insbesondere:

- 13. und 14. Monatsgehälter,
- einmalige Abfindungen und Entschädigungen,
- einmalige Leistungsprämien,
- Jubiläumszuwendungen,
 nicht fortlaufend gezahlte Gratifikationen und Tantiemen,
- Urlaubsgelder, die nicht fortlaufend gezahlt werden, und Entschädigungen zur Abgeltung nicht genommenen Urlaubs, Weihnachtszuwendungen,
- Nach- und Vorauszahlungen, wenn sich der Gesamtbetrag oder ein Teilbetrag der Nach- oder Vorauszahlung auf Lohnzahlungszeiträume bezieht, die in einem anderen Jahr als dem der Zahlung enden, oder wenn Arbeitslohn für Lohnzahlungszeiträume des abgelaufenen Kalenderjahres später als drei Wochen nach Ablauf zufließt,
- Ausgleichszahlungen für die in der Arbeitsphase erbrachten Vorleistungen auf Grund eines Altersteilzeitverhältnisses im Blockmodell, das vor Ablauf der vereinbarten Zeit beendet wird,
- Zahlungen innerhalb eines Kalenderjahres als viertel- oder halbjährliche Teilbeträge.